

Autor: DIETRICH MITTLER
Seite: 2

Ressort: Themen des Tages
Ausgabe: Süddeutsche Zeitung Bayern

Ganz zwanglos

Gesundheitsexperten fordern statt einer Impfpflicht mehr Information

Die Grünen nennen den Vorstoß „möglicherweise unbedacht, in jedem Fall aber unklug“

Mit seinem Vorschlag, angesichts der vielen Corona-Infizierten in Pflege-Einrichtungen doch eine Impfpflicht einzuführen, zumindest für bestimmte Berufsgruppen, stößt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) auf wenig Gegenliebe. Zumal in seinem eigenen Bundesland rührt sich gehöriger Widerspruch gegen derlei öffentlich vorgetragene Gedankenspiele. Georg Sigl-Lehner, der Präsident der Vereinigung der Pflegenden in Bayern, nannte die Diskussion „augenblicklich nicht sehr zielführend“. Er lehne eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ausdrücklich ab. „Unsere Erfahrung ist: Wo eine gute Information stattgefunden hat, steigt auch die Impfbereitschaft“, sagte Sigl-Lehner. Seiner Einschätzung nach gebe es gerade auch unter Pflegekräften „keine generelle Impfabablehnung, vielmehr ein Informationsdefizit – etwa bezüglich der Nebenwirkungen des Impfstoffs“.

Widerstand gegen Söders Vorstoß kommt auch von der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG). „Wir halten davon nichts“, sagte der neue BKG-Geschäfts-

führer, Roland Engehausen, der *Süddeutschen Zeitung*. Zwar sehe er die Notwendigkeit, dass sich die Beschäftigten in Krankenhäusern impfen ließen – aber das müsse freiwillig geschehen, was bereits in hohem Maße passiere. „Das ist jetzt der falsche Zeitpunkt, über das Thema Impfpflicht zu reden.“ Der Vorstoß gieße „nur Öl ins Feuer der Impfgegner“. Schließlich habe die Politik die Zusicherung gegeben, dass die Corona-Impfung auf freiwilliger Basis erfolgen solle. Jetzt gelte es erst einmal, auf breiter Basis mehr Informationen zur Impfung zur Verfügung zu stellen.

Auch Wolfgang Krombholz, der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), würde lieber von „einer persönlichen Verpflichtung zur Impfung“ als von einer gesetzlichen Impfpflicht sprechen. Eine angeordnete Impfung könne ungewollte Folgen haben. „Wenn man jetzt das Problem der Pflege bei der Personalgewinnung größer machen will, sprich, Pflegekräfte aus dem Beruf verscheuchen will, dann muss man die Impfpflicht für diese Berufsgruppe fordern“, sagte Krombholz. Damit gebe er lediglich Kommentare wieder, mit denen sich Kollegen an ihn gewendet hätten.

Auch die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag, Christina Haubrich, nannte den Vorstoß „möglicherweise unbedacht, in jedem Fall aber unklug“. Statt die Impfbereitschaft zu fördern, Sorge Söder nur für Verunsicherung. „Einen Impfwang darf es in Deutschland nicht geben – nicht für einzelne Bevölkerungs- oder Berufsgruppen und schon gar nicht für die gesamte Bevölkerung“, sagte Haubrich.

Ruth Waldmann, die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtags-SPD, forderte den Ministerpräsidenten auf, vielmehr darauf zu schauen, warum so viele Pflegekräfte immer noch Bedenken gegen die Impfung hätten. Sie rechne ohnehin damit, dass es Häuser geben wird, die ihren Beschäftigten gegenüber erklären, eine Impfung gegen Corona gehöre grundsätzlich zum Hygiene-Konzept der Einrichtung. Dafür hätte sie Verständnis, sagte Waldmann. Weltweit seien bereits „viele Millionen an Impfdosen verabreicht worden, ohne dass große Komplikationen bekannt wurden“.

DIETRICH MITTLER

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München